

Was passiert montags in Dresden? – ein Gespräch mit Frank Richter

»PEGIDA ALS BILDUNGSMÄSSIG UNTERSCHICHTIG ZU BEZEICHNEN, WÄRE FALSCH«

DIE: Herr Richter, Sie selbst sind bei den Montagsdemonstrationen von Pegida vor Ort gewesen, um diese Bewegung zu verstehen. Wer steckt hinter dem Kürzel »Pegida«?

Richter: Pegida steht für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« und ist eigentlich ein Sammelbegriff. Das Phänomen der Demonstrationen in Dresden ist ein sehr vielschichtiges. Von Pegida im Singular zu sprechen und mit diesem Begriff zu insinuieren, das Ganze präzise benennen zu können, scheint mir nicht zulässig. Pegida hat Vereinsstatus angenommen, d.h., Pegida e.V. ist ein eingetragener Verein, damit gibt es auch eine feste Struktur und damit auch eine deutlich zuzuordnende Verantwortlichkeit. Und es gibt Personen, die dem Verein angehören und die Montagsdemonstrationen in der Regel anmelden. Und die zuständig und verantwortlich sind für die Einladung der Redner, die sich dort dann präsentieren. Die große Zahl der Menschen allerdings, die mitlaufen, zu 100 Prozent zu identifizieren mit dem, was die Vereinsmitglieder, das Orga-Team oder was die Redner sagen, wäre verfehlt.

DIE: Woraus schließen Sie das?

Richter: Wir haben mittlerweile eine umfangreiche Korrespondenz in der Landeszentrale mit Menschen, die sich als Sympathisanten oder Mitläufer von Pegida »geoutet« haben und uns ihre Anliegen, ihre Probleme, ihre



Foto: Detlef Ulbrich/www.duks33.de

Ob mit den Anhängern von Pegida der Dialog gesucht werden sollte, wurde in den vergangenen Monaten kontrovers diskutiert. Einer, der sich klar positionierte und den Dialog nicht nur suchte, sondern auch ermöglichte, ist Frank Richter, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden. Theresa Maas, Redakteurin der DIE Zeitschrift, sprach mit dem von Spiegel Online als »Pegida-Versteher« Bezeichneten über eine differenzierte Wahrnehmung der Bewegung, die Gründe für ihre Demonstration und das Engagement der Landeszentrale in Sachen Pegida-Dialog.

Gründe dargelegt haben, warum sie zu diesen Demonstrationen gehen.

DIE: Und welche Gründe konnten Sie identifizieren?

Richter: Die Gründe sind sehr vielfältiger Art. Die Furcht vor dem Islam ist ein Grund, der immer wieder genannt wird, aber im Gesamtzusammenhang aller genannten Gründe eine eher untergeordnete Rolle spielt. Es werden eine Reihe anderer Gründe und Motive genannt. Ich versuche, die wichtigsten zusammenzufassen. Da ist zunächst eine ganz allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik und mit dem politischen System:

»Politiker und das System sind uns fremd geworden«, »Die Politik geht über uns hinweg«, »Wir werden oft nicht einbezogen in Verfahren oder in Entscheidungen, z.B. in Zusammenhang mit der Errichtung von Asylbewerberheimen.« Oft höre ich den Satz: »Ich habe überhaupt nichts gegen Asylbewerber oder gegen Flüchtlinge, ich möchte nur, dass die Entscheidung in unserem Ort unter Einbeziehung der Bevölkerung erfolgt.« Ein harter Vorwurf: »Der Staat macht Gesetze und hält sich selbst nicht dran.« Ich habe als Beispiel für diese Behauptung oft den Umgang mit den EU-Konvergenz- bzw. Maastricht-Kriterien gelesen. Die europäischen Staaten geben sich selbst Regeln und halten sich nicht daran – aber erfahren keine Konsequenzen. Das ist übrigens ein Hinweis darauf, dass es einige – nicht alle, aber doch sehr viele – politisch reflektierte Briefe sind, die bei uns eintreffen. Das Phänomen Pegida insgesamt als »bildungsmäßig unterschichtig«

zu bezeichnen, wäre unzutreffend.

DIE: Wie kam es denn dazu, dass die Leute sich brieflich an die Landeszentrale gewendet haben?

Richter: Anfang Dezember war ich bei Maybritt Illner zu Gast. Ich habe dort nur gesagt, dass es sinnvoll wäre, man würde erstmal zuhören, um zu verstehen, was diese Bewegung ist, bevor man urteilt, vor allem per Ferndiagnose. Diese Formulierung hat etwas ausgelöst, was uns seither stark beschäftigt. Ob sie der einzige Auslöser war, weiß ich nicht, aber in dem zeitlichen Ablauf stellt sich mir das so dar.

DIE: Am 6. Januar fand in der sächsischen Landeszentrale die erste einer Reihe offener Diskussionsveranstaltungen zu Pegida statt ...

Richter: Das muss ich etwas präzisieren. Es gab bereits am 3. Dezember eine Veranstaltung als erste Reaktion der Landeszentrale auf die Pegida-Demonstration. Das war eine Podiumsdiskussionsveranstaltung zum Thema »Wie verteidigen wir das Abendland?«. Diese war bereits überfüllt. Wir haben den Begriff »Abendland« aufgegriffen und merkten, dass wir den richtigen Diskussionsansatz gewählt hatten. In diesem Rahmen wurde natürlich auch Pegida diskutiert. Und am 6. Januar haben wir eine zweite Veranstaltung organisiert mit dem Titel »Warum (nicht) zu Pegida gehen?« Das »nicht« steht absichtlich in Klammern, das ist kein Tippfehler. Es sollte eine offene Fragestellung sein. Diese Veranstaltung war wiederum überfüllt. Die nächste fand am 23. Januar statt, diesmal in einem größeren Saal im Stadtmuseum Dresden.

DIE: Und was hat Sie dazu bewogen, Pegida-Anhänger und -Gegner an einen Tisch zu bringen?

Richter: Ich habe nicht gezielt Pegida-Anhänger und -Gegner an einen Tisch geholt, sondern habe einfach die Leute eingeladen, die uns geschrieben haben. Ich habe darüber hinaus

Pegida – was ist das?

Das Kürzel Pegida steht für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Dabei handelt es sich um eine Organisation, die seit dem 20. Oktober 2014 wöchentliche Demonstrationen in Dresden veranstaltet. Diese richten sich gegen eine von Pegida behauptete Islamisierung und eine aus ihrer Sicht verfehlt und mangelhafte deutsche Einwanderungs- und Asylpolitik. Gründer und führender Vertreter Pegidas ist Lutz Bachmann. Nachdem ausländerfeindliche Aussagen von ihm bekannt wurden, traten sechs Mitgründer bis zum 27. Januar 2015 aus der Vereinsführung aus. Sie gründeten den neuen Verein »Direkte Demokratie für Europa« (DDfE), der sich moderater gibt, bislang aber kaum in Erscheinung trat. Nach dem Rücktritt der Spitzenmitglieder des Pegida-Organisationsteams ist die Bewegung mittlerweile gespalten und rückläufig.

Da die größten Teilnehmerzahlen in Dresden und Leipzig zu verzeichnen sind, kann man bei Pegida von einer hauptsächlich ostdeutschen Bewegung sprechen. Es gibt zwar auch Pegida-Ableger in westlichen Städten, wie z.B. Köln, Düsseldorf und München. Diese verzeichnen jedoch einen sehr viel geringeren Zulauf als die Bewegung in Dresden oder Leipzig. Allerdings wiesen Verfassungsschutzbehörden auf deutlichere rechtsextreme Tendenzen der westdeutschen Pegida-Ableger hin. In einigen deutschen Städten fanden zeitgleich Gegendemonstrationen mit starkem Zulauf statt. Im Zuge von Pegida warnten Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und von Religionsgemeinschaften vor Fremdenfeindlichkeit und teilweise vor Rassismus.

Quelle: www.politische-bildung.de/pegida_rechtspopulismus.html

Weiterführende Informationen zu den Pegida-Diskussionsveranstaltungen der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung finden Sie hier: www.slpb.de/blog/

die Veranstaltung öffentlich bekannt gemacht, d.h., es war keine exklusive, sondern eine öffentliche Veranstaltung. Es war auch keine Veranstaltung für die Organisatoren von Pegida. Pegida e.V. ist nicht Partner der Landeszentrale, sondern die große Zahl von Menschen, mit denen zu kommunizieren ich die Notwendigkeit sehe.

DIE: Und warum sehen Sie diese Notwendigkeit? Ein Dialog mit Pegida-Anhängern wird ja vonseiten der Politik kritisch beäugt.

Richter: Mittlerweile haben fast alle in der Politik begriffen, dass sich ein Problemstau entwickelt hat, der nur durch Gespräche und Diskussionen abgebaut werden kann.

DIE: Und waren es dann tatsächlich beide Seiten, die sich zu Ihren Diskussionsveranstaltungen eingefunden haben?

Richter: In dem ersten Diskussionsforum, das am 6. Januar stattgefunden hat, hielten sich die Pegida-Sympathisanten einerseits und die Pegida-Gegner andererseits glücklicherweise ungefähr die Waage. Das wäre so nicht planbar gewesen. Es hat sich ein vernünftiger Austausch verschiedener Argumente ergeben, wenig Dialog, viele Monologe, d.h., es gab ein ganz großes Rede- und Mitteilungsbedürfnis. Es gab auch einen hohen Grad an Emotionalisierung. Und bevor wir diese hohe Emotionalisierung nicht abbauen, können wir das Phänomen insgesamt und vor allem die Gesprächsrunden noch nicht umfassend rationalisieren. Es wird unterschätzt, wie wichtig es ist, die Emotionalisierung zu akzeptieren, um den Freiraum für das Abwägen von Argumenten zu schaffen.

DIE: Ihre Absicht war also, ein offenes Forum zu bieten?



Foto: SLPB

Gesprächsbereit: Sigmar Gabriel, Vizekanzler (SPD), während der dritten Diskussionsveranstaltung

Richter: Richtig. Das Ziel war und ist es immer noch, Raum zu schaffen für einen offenen und sachlichen politischen Dialog.

DIE: Wie haben Sie den Dialog gestaltet? Nach welcher Methode sind Sie vorgegangen?

Richter: Wir haben die Fishbowl-Methode genutzt. Ein Tisch steht in der Mitte des Raumes, an dem vier freiwillige Redner miteinander Argumente austauschen. Einzuhalten sind drei Regeln: beim Thema bleiben, eine angemessene Redezeit und Fairness gegenüber dem politisch Andersdenkenden. Außerdem kann jeder Redner von jedem anderen Gast jederzeit abgelöst werden.

DIE: Unterschied sich die dritte Veranstaltung von ihren beiden Vorgängerinnen?

Richter: Wir haben noch einmal die Fishbowl-Methode genutzt, so dass wir weiterhin ein offenes Diskussionsforum haben, denn der Redebedarf ist nach wie vor da. Aber wir haben den Input- und Reflexionsanteil erhöht. Dazu haben wir drei Gäste eingeladen, die Kurzreferate hielten, entweder gegen eine Teilnahme bei Pegida oder für eine Teilnahme bei Pegida. Auch Wolfgang Donsbach, Professor für Kommunikationswissenschaft, hat referiert. Er stellte die Entwicklung von Pegida dar und unterzog sie einer politischen Bewertung.

DIE: Und wie ist die Resonanz vonseiten der Teilnehmenden auf die Veranstaltung bisher ausgefallen?

Richter: Überbordend positiv von beiden Seiten, soweit ich das sehen kann. Wir haben viele positive Rückmeldungen, nur wenige negative. Ich kann das zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht vollständig überblicken, denn unsere Postfächer laufen über.

DIE: Haben Sie weitere Aktionen in der Richtung geplant? Oder eine Verstärkung des Formats?

Richter: Das weiß ich noch nicht. Denn in dem gesamten Geschehen um Pegida ist sehr viel Dynamik. Das Demonstrationsgeschehen verändert sich. Man muss befürchten, dass es sich radikalisiert, z.B. bei Legida in Leipzig, was als Ableger von Pegida firmiert, es aber wohl selber gar nicht sein will. Aber das durchschaue ich nicht. In Dresden habe ich die Hoffnung, dass wir auf das, was bisher geschehen ist, deeskalierend gewirkt haben. Wegen der Dynamik muss man das Ziel einer Veranstaltung jeweils neu justieren, und die Methode dient ja dem Ziel. Wenn die Ziele sich

DIE: Haben Sie von anderen Einrichtungen gehört, die ähnliche Aktionen planen und durchführen?

Richter: Nein, aber das mag daran liegen, dass ich die Informationslage diesbezüglich nicht überblicken kann, weil ich intensiv mit anderen Dingen beschäftigt bin.

DIE: Wie schätzen Sie die Rolle der politischen Erwachsenenbildung in diesem Feld ein?

Richter: Die politische Erwachsenenbildung muss grundsätzlich bei dem bleiben, was sie immer tut. Auch in einer Situation, wie wir sie jetzt hier in Sachsen haben, dürfen wir nicht überhastet reagieren. Wir haben ja nach

wie vor andere Formate im Bildungsbereich, die wir beibehalten müssen. Dass diese aktuell etwas zurückgefahren werden, ist nachvollziehbar, aber wir stellen keineswegs das gesamte Programm des Hauses um. Aktuell sehe ich einen Bedarf für die Entwicklung der politischen Diskussionskultur. Hier stehen weniger Inhalte im Mittelpunkt, sondern vielmehr Formate. Also: Wie entscheiden Menschen im guten Sinne des Wortes über politische Sachfragen? Wie ist der politische Meinungs- und Willensbil-

dungsprozess in der Demokratie zu strukturieren? Das sind wichtige Fragen. Da kommt es im Moment weniger auf die Inhalte, sondern eher auf die Form und die Methoden an. Und auch auf die Haltungen, die eingeübt werden müssen. Darüber hinaus gibt es ohne Zweifel einen eminent hohen Informationsbedarf über den Islam und über die Kompatibilität zwischen dieser Weltreligion und dem demokratisch verfassten Gemeinwesen.

DIE: Herr Richter, ich danke Ihnen für das Gespräch.



Foto: SLPB

Im Dialog: Pegida-Anhänger und Pegida-Gegner suchen den Austausch miteinander

verändern, dann müssen wir die Methodik anpassen.

DIE: Können Sie sich vorstellen, dass dieses Veranstaltungsformat auch von anderen Einrichtungen übernommen wird, um lokal gegenzusteuern?

Richter: Das kann ich mir nicht nur vorstellen, das ist meine Hoffnung! Die Landeszentrale ist eine kleine Einrichtung. Wir haben es hier mit einem großen Demonstrationsgeschehen zu tun. Die Menschen kommen aus vielen Orten, und die Problemlagen, die aufgestaut sind, gibt es nicht nur in Dresden. Folglich wäre es überaus wünschenswert, dass das vielerorts stattfindet.